

Geschäftsstelle: Neues Stadthaus, Raum 231,
Parochialstr. 3, 10179 Berlin
Tel.: 030/32664126; Fax: 030/9018-22734;
E-Mail: direkt@landesseniorenvertretung-berlin.de

Protokoll

der 47. Plenartagung der Landesseniorenvertretung

- Ort:** Begegnungsstätte Husemannstraße 12, 10435 Berlin - Pankow
Datum: 25.05.2016 **Beginn:** 10.00 Uhr **Ende:** 12.30 Uhr
Tagesordnung:
1. Begrüßung, Beschluss über die Tagesordnung
 2. Beschluss über das Protokoll der 46. Plenartagung am 27.04.2016
 3. Nachgefragt bei der Fraktion PIRATEN im Abgeordnetenhaus von Berlin
 4. Gedankenaustausch zur Klausur des LSBB am 18.05.2016 und Senioren debattieren im Parlament vom 19.05.2016
 5. Wahlen 2016 – Erfahrungsaustausch Stand Vorbereitung in den Bezirken und zum Gespräch mit Frau Radziwill (SPD) am 04.05.2016
 6. Bericht aus den Gremien:
 - Bericht des Vorstandes
 - Bericht aus dem LSBB
 - Berichte aus den Bezirken
 7. Verschiedenes und allgemein Interessierendes

TOP 1: Begrüßung

- 1.1 Frau Fiebig begrüßt die Teilnehmer namens der Seniorenvertretung Pankow.
- 1.2 Die Leiterin der Begegnungsstätte Husemannstraße, Frau Zimmermann, stellt die Einrichtung vor.
- 1.3 Frau Lau in Vertretung der Vorsitzenden der LSV übernimmt die Leitung der Tagung und begrüßt den Vorsitzenden der Fraktion PIRATEN im Abgeordnetenhaus Berlin, Herrn Spies.

TOP 2: Protokoll

Das Protokoll des 46. Plenums wird beschlossen und Frau Kosche sowie Frau Taubert der Dank für die Protokollführung ausgesprochen.

TOP 3: Nachgefragt bei der Fraktion PIRATEN im Abgeordnetenhaus (AGH)

Herr Spies schildert die Situation seiner Fraktion im AGH als der jüngsten und unerfahrensten der Fraktionen. Ziel war und ist es, mehr demokratische Mitwirkung und Mitbestimmung zu erreichen. Eigene Initiativen in diesem Zusammenhang sind nicht durchschlagskräftig genug gewesen und wurden immer wieder von der Großen Koalition mit den unterschiedlichsten Begründungen ausgebremst. Demokratie lebt

von Information und Wahrheit, erst dann kann man sachliche Vorschläge machen und mitgestalten. Sie lebt dann aber auch von den materiellen und personellen Möglichkeiten der Freiwilligen und der Interessierten. Im Zusammenhang mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz hat die PIRATEN-Fraktion nicht die größten Initiativen entwickelt und eher auf die Koalition geschaut. Das hat dazu beigetragen, dass alles verspätet wurde. Aber die Schlussfolgerung ist, die Einbeziehung aller, auch der Seniorinnen und Senioren, kann nicht selektiv geschehen und das will die Fraktion weiter voran bringen.

In der Debatte nehmen 7 Teilnehmer das Wort zu folgenden Themen:

- Unterstützung der Bestrebungen von SeniorInnen, aus größeren Wohnungen herauszukommen, ohne an die Grenzen der finanziellen Belastbarkeit zu kommen,
- Vereinheitlichung der Ausstattung der bezirklichen Seniorenvertretungen,
- wenn politisch Verantwortliche Einladungen der Seniorenvertretung begründungslos ausschlagen, so muss sich keiner die Augen reiben, wenn man eine breite Politikverdrossenheit konstatieren muss,
- Rückinformationen aus Senat und AGH sind noch nicht alltäglich und sollten das aber werden,
- es sollte sich schnell eine andere Kultur der Wertschätzung des ehrenamtlichen und freiwilligen Mitmachens etablieren als Voraussetzung, dass die Gesellschaft weiter gut funktioniert.

TOP 4: Gedankenaustausch zur Klausur des LSBB am 18.05.2106 und Senioren debattieren im Parlament am 19.05.2016

Herr Eichholz gibt einen kurzen Einstieg in die Debatte und würdigt die Vorbereitungsarbeiten der Geschäftsstelle.

Herr Friedrich stellt fest, dass das Antragspapier zum Gesetz ein Teilerfolg sei und kritisiert, dass per Mail eine unverständliche Infragestellung der Arbeit des Vorstandes erfolgte.

Herr Duden macht deutlich, dass die Mails und Kommentare auf eine ausgesprochene Unzufriedenheit mit dem ins Parlament gehenden Vorschlag hinweisen. Sie beinhalten eine Schwächung der Positionen der Landesseniorenvertretung und weisen auf Demokratiedefizite der Erarbeiter des Vorschlags hin.

Her Trautmann meint, das Angebot, eine Briefwahl durchzuführen, sollten wir annehmen und nutzen, aber nicht darüber meckern. Außerdem ist die Schwächung der LSV vom Tisch, da die Vorsitzenden der bezirklichen Seniorenvertretungen vollzählig im LSBB sein werden.

Frau Fiebig bemerkt, dass eine Tischvorlage zu einem Gesetz in einer Klausur das Versäumnis an sich ist und darauf verweist, dass die Einreicher den Inhalt des Gesetzes, u. a. rechtzeitige und umfassende Information der Betroffenen, nicht sehr ernst nehmen. Man tut so als ginge es nur um eine Briefwahl und damit sei alles erreicht. Es geht um viel mehr, um die Anerkennung der bezirklichen Seniorenvertretungen, um die Verantwortung der zuständigen Bezirksstadträte, um Verbindlichkeit der gesetzlichen Regelungen und - nicht zum Schluss - um die einfache Vereinnahmung der Freizeit der Seniorenvertreter durch die verlängerte Wahlperiode ohne zu fragen.

Herr Eichholz verweist in diesem Zusammenhang auf die scharfe Kritik gegenüber den Protagonisten der Koalition zum Verfahren im April-Plenum aus unseren Reihen.

Herr Duden sagt, dass wir uns darüber einig sein sollten, dass das Verfahren zum Gesetz nichts mit demokratischer Mitwirkung zu tun hat und wir so etwas ablehnen.

Frau Saeger verweist auf die Stellungnahme des LSBB vom 17.12.2014 zum Seniorenmitwirkungsgesetz und die erfolgte Übergabe an alle Fraktionen im AGH und an den Senat. Es gab eine ewige Zeit keine Reaktion. Einiges wurde nach dem 18.05.2016 – Klausur des LSBB – entschärft und man kann jetzt damit in die Wahlvorbereitung gehen.

Herr Steinbrück macht darauf aufmerksam, dass das Gesetz in gültiger und dann in der veränderter Form ein Gesetz des guten Willens der Protagonisten ist, es hat und kann auch keine Sanktionen beinhalten. Seine Verwirklichung hängt entscheidend vom politischen Reifegrad der angesprochenen Akteure, der Mitglieder der Bezirksämter, der Bezirksverordnetenversammlungen und der Seniorenvertretungen ab. Positiv sollten wir sehen, dass alle Seniorinnen und Senioren per Post drüber in Kenntnis gesetzt werden, dass es bezirkliche Seniorenvertretung gibt. Auch die Informationspflicht der Ämter gegenüber den Seniorenvertretungen ist ein Fortschritt, wie auch die Möglichkeit, Anliegen über den Vorsteher oder Vorstand der Bezirksverordnetenversammlung in den politischen Gang zu bringen. Ein Selbstläufer aber wird es auch dann nicht und von uns hängt da immer noch sehr viel ab.

Herr Friedrich schlägt vor, die Regelung des bestehenden Seniorenmitwirkungsgesetzes, das Vorschlagsrecht der Landesseniorenvertretung für die Mitglieder aus den Vereinen und Verbänden in den Landesseniorenbeirat beizubehalten. Er stellt einen Antrag, den Punkt 11 § 6 Abs. 1 Ziffer 2 im Antragsentwurf SPD/CDU zu ändern: „auf Vorschlag der neu gebildeten Landesseniorenvertretung Berlin werden die in den Beirat zu berufenden Organisationen benannt.“ Begründung: Der Landeseniorenbeirat sollte nicht sich selbst zur Berufung vorschlagen. **Dieser Antrag wurde zur Beschlussfassung gestellt:**
Für den Antrag: 10 **gegen den Antrag: 1** **Stimmenthaltung: 1**
Der Vorstand wird beauftragt, diesen Beschluss bekannt zu machen.

Frau Lau nimmt Stellung zu einer Mail von Frau Schilling, die die Unterstellung beinhaltet, der Vorstand der LSV hätte ohne Autorisierung durch das Plenum Entscheidungen und Beschlüsse über den Inhalt des neuen Gesetzesvorschlags gefasst. Sie stellt fest: Der Vorstand hat zu keiner Zeit irgendwelche Beschlüsse gefasst, die nicht den Beschlüssen des Plenums entsprochen haben. Es gab auch keine Interpretation irgendwelcher Schriftstücke oder Diskussionen, die sich gegen die Beschlüsse des Plenums gestellt hätten. Sie weist die in der o. g. Mail enthaltenen Unterstellungen als haltlos und unsachlich zurück.

Fazit: Die Mitglieder der Landesseniorenvertretung kritisieren die Vertreter der regierenden Koalition für ihre langjährige Säumigkeit gegenüber dem eigenen Koalitionsvertrag und gegenüber dem Seniorenmitwirkungsgesetz. Sie äußern Unverständnis, dass die Vorschläge aus dem LSBB vom Dezember 2014 ungenügend durchdacht und weiterentwickelt wurden. Sie sind auch nicht mit dem verbürokratisierten Briefwahlverfahren einverstanden. Sie erkennen die im Entwurf verankerten Fortschritte an und geben ihrer Hoffnung Ausdruck, dass das Parlament sich zeitnah damit befasst und den Änderungsentwurf beschließt, um die Vorbereitungen der Wahlen zu den Seniorenvertretungen in den Bezirken nicht zu verzögern oder gar ad absurdum zu führen.

TOP 5: Wahlen 2016 – Erfahrungsaustausch Stand Vorbereitung in den Bezirken und zum Gespräch mit Frau Radzewill, SPD am 04.05.2016

Dieser Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt, da im TOP 4 das Thema abgehandelt wurde.

TOP 6: Berichte aus den Gremien:

Frau Fiebig teilt mit, dass die Pankower Senioren-BVV in ein Forum mit Experten zum Wohnen im Alter umgewandelt wurde.

Herr Pohlmann – Tempelhof-Schöneberg – teilt mit, dass der Toilettenführer des Bezirks im Internet zu finden ist und auch Informationen zu Stroke Units per Net abgerufen werden können.

Herr Trautmann – Spandau – berichtet, dass die Seniorenvertretung mit dem BezStRat eine gemeinsame Sprechstunde am 08.05.2016 mit Erfolg und Zuspruch durchführte. Im Südpark wurde ein Fitnessplatz für Generationen eröffnet.

Frau Saeger – Marzahn-Hellersdorf – gibt bekannt, dass am 27.05.2016 ein Fest der Nachbarn mit Flüchtlingen organisiert wird. Der 30. Seniorenwandertag findet am 06.06.2016 mit unterschiedlichen

Strecken statt. Die Wahlvorbereitungen laufen weiter und die dazu gehörende Öffentlichkeitsarbeit wird zurzeit organisiert und sichergestellt.

Herr Jamshidpour – Reinickendorf – verkündet die Durchführung des Seniorenparlaments am 12.07.2016.

Herr Friedrich – Charlottenburg-Wilmersdorf – teilt mit, dass das neue Stadtteilzentrum seit einem Jahr erfolgreiche Arbeit leistet.

Frau Lau – Steglitz-Zehlendorf – verweist darauf, dass die Seniorenvertretung umgezogen ist und sich einrichtet. Am 10.06.2016 wird es ein interkulturelles Fest im Bezirk geben. Der Auftakt zur Vorbereitung der Wahlen zur Seniorenvertretung wird mit drei Kaffeestunden in Begegnungsstätten vollzogen.

Herr Eichholz – Neukölln – berichtet von einem Aktionstag „Gemeinsam und doch anders – Leben und Wohnen in Vielfalt“.

TOP 7: Verschiedenes und allgemein Interessierendes

Frau Kosche weist auf den 6. Gerontologischen Salon am 15.06.2016 in der SPI-Kulturküche hin. Einladungen werden Ende Mai versandt.

Protokoll

Jürgen Steinbrück